

Schlechte Zeiten für Frauenpolitik?

... fragt Gabriele Wenner, Leiterin des Frauenreferats der Stadt Frankfurt/Main und Sprecherin des Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros.

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind wichtige Anlaufstellen für Frauen, entwickeln und unterstützen die frauenpolitische Infrastruktur und unterstützen frauen- und geschlechterpolitische Themen. Trotz fachlicher Akzeptanz, erfolgreicher Arbeit und nicht erreichter Gleichstellung werden ihre Rahmenbedingungen verschlechtert. In Brandenburg ist schon umgesetzt, was in Niedersachsen und Schleswig-Holstein zu befürchten ist: Die Änderung der Gemeindeordnung im Jahr 2003 hat zur Folge, dass etliche Gleichstellungsstellen mit weniger Stunden arbeiten, zusätzliche Aufgaben und Zuständigkeiten – etwa für Senioren, Behinderte oder Migrantinnen – bekommen haben oder geschlossen wurden. In Hessen läuft das Gleichberechtigungsgesetz, eines der fortschrittlichsten im Lande, Ende 2006 aus. Hier wie in Brandenburg wurde zunächst das Frauenministerium und dann die Abteilung Frauen im Sozialministerium aufgelöst, weil man ja Gender Mainstreaming umsetzen wollte. Daneben werden öffentliche Zuschüsse an Frauenprojekte und Frauenhäuser in vielen Ländern erheblich gekürzt. Projekte und Frauenhäuser mussten bereits schließen. Gleichzeitig wurden auf Bundesebene wesentliche Fortschritte im Gewaltschutz erreicht. Schwerpunkt der Frauenpolitik ist vielerorts die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Doch Familienpolitik ersetzt nicht die eigenständige Frauenpolitik! Wir brauchen:

- Eine wirksame Antidiskriminierungskultur und institutionelle Gleichstellungsstellen
- Effektives Gender Mainstreaming und Gender Budgeting, jedoch nicht als Ersatz für Frauenpolitik
- Ein konsequentes Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft
- Quotierung für alle politischen Gremien
- Die Abschaffung des Ehegattensplittings
- Ausreichende, qualitativ hochwertige und ganztägige Kinderbetreuung und entsprechende Angebote für die Altenpflege
- Eigenständige Existenzsicherung statt familiärer Absicherung.

Diese Forderungen sind keine Utopie, sondern in anderen europäischen Ländern Realität.